

**Interpellation zur grenzüberschreitenden, regional abgestimmten
Spitalplanung und Versorgung mit Spitalleistungen zwischen dem Kanton St.
Gallen und dem Fürstentum Liechtenstein**

Gestützt auf Art. 36 der Geschäftsordnung des Liechtensteinischen Landtages reichen die Abgeordneten Pepo Frick, Rainer Gopp, Diana Hilti, Wendelin Lampert und Harry Quaderer, abgestimmt und koordiniert mit einer gleichlautenden Interpellation von Parlamentariern im Kantonsrat St. Gallen, die folgende Interpellation ein und stellen folgende Fragen an die Regierung:

- 1) Wie stellt die Regierung sicher, dass zwischen den Spitälern Grabs und Vaduz keine Konkurrenzsituation in Bezug auf die angebotenen ambulanten und stationären Spitalleistungen in der Grundversorgung entsteht?
- 2) Wie stellt die Regierung sicher, dass es aufgrund der geplanten Investitionen in Grabs und dem Neubau in Vaduz keine Mengenausweitung an ambulanten und stationären Spitalleistungen in der Region gibt?
- 3) Wie stellt die Regierung sicher, dass die Qualität der in Grabs und in Vaduz geplanten Angebote an ambulanten und stationären Spitalleistungen auch in Bezug auf die dafür notwendigen Fallzahlen sichergestellt werden kann?
- 4) Hat die Regierung den Bedarf der notwendigen ambulanten und stationären Spitalleistungen der Region Rheintal/Werdenberg/Sarganserland und Liechtenstein abgeklärt? Wenn ja, mit welchen Resultaten und wenn nein, weshalb nicht?
- 5) Welche finanziellen Konsequenzen sind zu erwarten, wenn die prognostizierten Fallzahlen in Vaduz und / oder Grabs nicht erreicht werden? Wer muss ein allfälliges Defizit des betreffenden Spitals bezahlen? Wer muss die entstanden Spitalkosten bezahlen, wenn die prognostizierten Fallzahlen in Grabs und Vaduz erreicht werden?
- 6) Welche möglichen Formen der abgestimmten und koordinierten Spitalplanung und Versorgung mit Spitalleistungen sind aus Sicht der Regierungen denkbar? Welche Kooperationen gibt es bereits und welche Möglichkeiten zur weiteren Zusammenarbeit wurden abgeklärt bzw. müssten abgeklärt werden?

Begründung:

Die Spitalplanungen des Kantons St. Gallen und des Fürstentums Liechtenstein sind in vollem Gange. In der Spitalregion Rheintal/Werdenberg/Sarganserland sind grössere Investitionen geplant. In Liechtenstein soll das Parlament schon bald über einen Verpflichtungskredit für einen Neubau des Liechtensteinischen Landesspitals befinden.

Aus unserer Sicht wurde in jüngster Vergangenheit leider verabsäumt, eine gemeinsame Spitalplanung voranzutreiben und eine Lösung für die gesamte Region Rheintal/Werdenberg/Sarganserland und Liechtenstein zu finden. Für uns Parlamentarier ist eine regionale Koordination der Spitalleistungen unabdingbar, dies speziell unter dem Blickwinkel zukünftiger Generationen und Herausforderungen – wie dem demographischen Wandel. Wir fordern

deshalb von der Regierung, uns die Alternativen zu einer Konkurrenzstrategie zwischen den Spitälern in der Region (insbesondere Vaduz und Grabs), aufzuzeigen.

Doppelte Angebote im Gesundheitswesen führen bekanntermassen zu Mengenausweitungen und diese in der Folge zu höheren Krankenkassenprämien! Dies befürchten wir auch mit Blick auf die momentanen Spitalstrategien und geplanten Spitalneubauten in dieser Region. Uns ist es ein Anliegen, dass unsere Spitäler einen hohen Qualitätsstandard erfüllen können - was u.E. künftig nur mit entsprechenden Fallzahlen im jeweiligen Fachgebiet möglich sein wird. Zudem erscheint es uns unwirtschaftlich und auch in Bezug auf die Qualität nicht zielführend, in unserer Region sich konkurrenzierende Leistungen in der Grundversorgung anzubieten. Nachdem das Gesundheitswesen besonderen Marktmechanismen unterliegt (angebotsinduzierter Markt), befürchten wir fatale Folgen bzgl. der Kostenentwicklung aber auch bei der Qualität. Der Leistungsauftrag der benachbarten Spitäler ist u.E. dem tatsächlichen Bedarf entsprechend auszurichten und aufeinander abzustimmen.

Nur mit konstruktiven Gesprächen der beiden Regierungen unter Einbezug der Parlamentarier können sinnvolle neue Wege in der Spitalkooperation evaluiert werden. Neue Denkmuster zur verstärkten regionalen Zusammenarbeit sind gefragt. Wir erwarten daher, dass beide Regierungen sich nochmals zusammen mit uns Volksvertretern an einen Tisch setzen, um eine qualitativ gute und regional abgestimmte Spitallösung zu entwerfen. Dies haben wir bereits mit Schreiben vom 11.02.2011 an beide Regierungen mitgeteilt und sie zu einem Runden Tisch eingeladen.

Vaduz, den 17. Februar 2011